

TEIL 3: POLITISCHE IDEEN UND IHRE TRÄGER IM WANDEL

In diesem abschliessenden dritten Teil wird der Versuch unternommen, die beiden ersten Teile zu verknüpfen. Wie eingangs erwähnt, gehen wir davon aus, dass politische Ideen immer soziale Träger brauchen und dass soziale Bewegungen und Parteien ohne umfassendere Orientierungen längerfristig nicht existieren können.

Als zusätzliches Element wird der Aspekt des Wandels besonders hervorgehoben. Sowohl die politischen Ideen wie auch die Träger ändern sich über die Zeit hinweg. So wie die SP heute kaum mehr mit der SP in den 1920er Jahren vergleichbar ist, so hat auch der Liberalismus heute ein anderes Gesicht als in der Zeit seiner Entstehung.

Wohlgemerkt, eine Partei bleibt eine Partei, die Frage ist jedoch, was unterscheidet eine Partei von heute von den Parteien von früher. Ebenso sind den Ideologien gewisse Grundelemente eigen, die sich kaum verändern. Was sich jedoch der historischen Entwicklung anpasst, ist die Lesart dieser Axiome sowie die daraus abgeleiteten Erklärungs- und Lösungsansätze in der konkreten Anwendung.

Verschiedene Theorieansätze und Forschungsrichtungen befassen sich mehr oder weniger explizit mit dieser Problematik. Ganz in der Tradition der "post-modernen Wissenschaft" werden in den folgenden Kapiteln einige solcher Erklärungsmuster und Argumentationslinien vorgestellt. Dabei soll nicht versucht werden, diese in eine "grosse Theorie" einzugliedern. Es interessiert uns, wie und nach welchen Gesetzmässigkeiten sich die Gesellschaft wandelt (Kapitel 12), wie sich die dominierenden Werte verändern (Kapitel 13) und was für Veränderungen bei den politischen Parteien auszumachen sind (Kapitel 14).

Ein besonderes Augenmerk erhält die Unterscheidung zwischen rein deskriptiv gewonnenen Erkenntnissen über den gesellschaftlichen Wandel im allgemeinen und den Wandel von Ideen und Trägern im speziellen sowie Gesetzmässigkeiten, welche sich in Form von theoretischen Vorstellungen ("mittlerer Reichweite") fassen lassen. Dass beispielsweise der Tertiärsektor den Industriesektor an Bedeutung bei weitem übertroffen hat, ist ein Faktum. Dass politische Gruppierungen mit zunehmendem Alter eine Zielverschiebung erfahren, welche ursprünglich inhaltliche Anliegen zugunsten von Organisationsinteressen in den Hintergrund rücken lässt, ist eine theoretisch fundiert postulierte Gesetzmässigkeit, welche sich empirisch überprüfen lässt.

12 DER SOZIALE WANDEL

Unbestritten ist, dass sich moderne Gesellschaften wandeln. "Moderne Gesellschaften sind dynamische Systeme, in denen permanente Veränderung stattfindet, im Gegensatz zu statischen, traditionellen Gesellschaften. Moderne Industriegesellschaften leben vom ökonomischen Wachstum, wirtschaftlicher Expansion und hoher Mobilität, die einhergehen mit sozialem Wandel" (Alemann 1996: 3).

Gestritten wird jedoch über die Ursachen, die Art und Weise und die Bedeutung dieses Wandels. Folgende Aspekte des Wandels können unterschieden werden:

- Bereich: Strukturelle Veränderungen, kulturelle Veränderungen (Wertewandel) oder institutionelle Veränderungen, wobei sich diese drei Gruppen von Variablen in einem komplizierten, gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis befinden.
- Verlauf: Langsamer kaum wahrnehmbarer Prozess, oder eruptiv, in der Form von Unruhen und Revolten. Kontinuierlich, mehr oder weniger linear oder wellenförmig. Oder gar diskontinuierlich.
- Finalität: Definitive, nicht mehr rückgängig zu machende Veränderungen oder Zeiterscheinungen und Moden.

(Vulgär-)wissenschaftlich wird bei der Beschreibung von Wandel gelegentlich vergessen, dass Wandel nur in den seltensten Fällen linear verläuft. Ursächlich dafür sind vielfach die ungenügende Zahl an Messpunkte. Aus zwei Messungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten kann zwar die Veränderung bestimmt werden, es können aber kaum zuverlässige Aussagen über zukünftige Entwicklungen gemacht werden. Zudem neigt man dazu, Veränderungen linear zu verstehen ("es wird je länger je schlimmer").

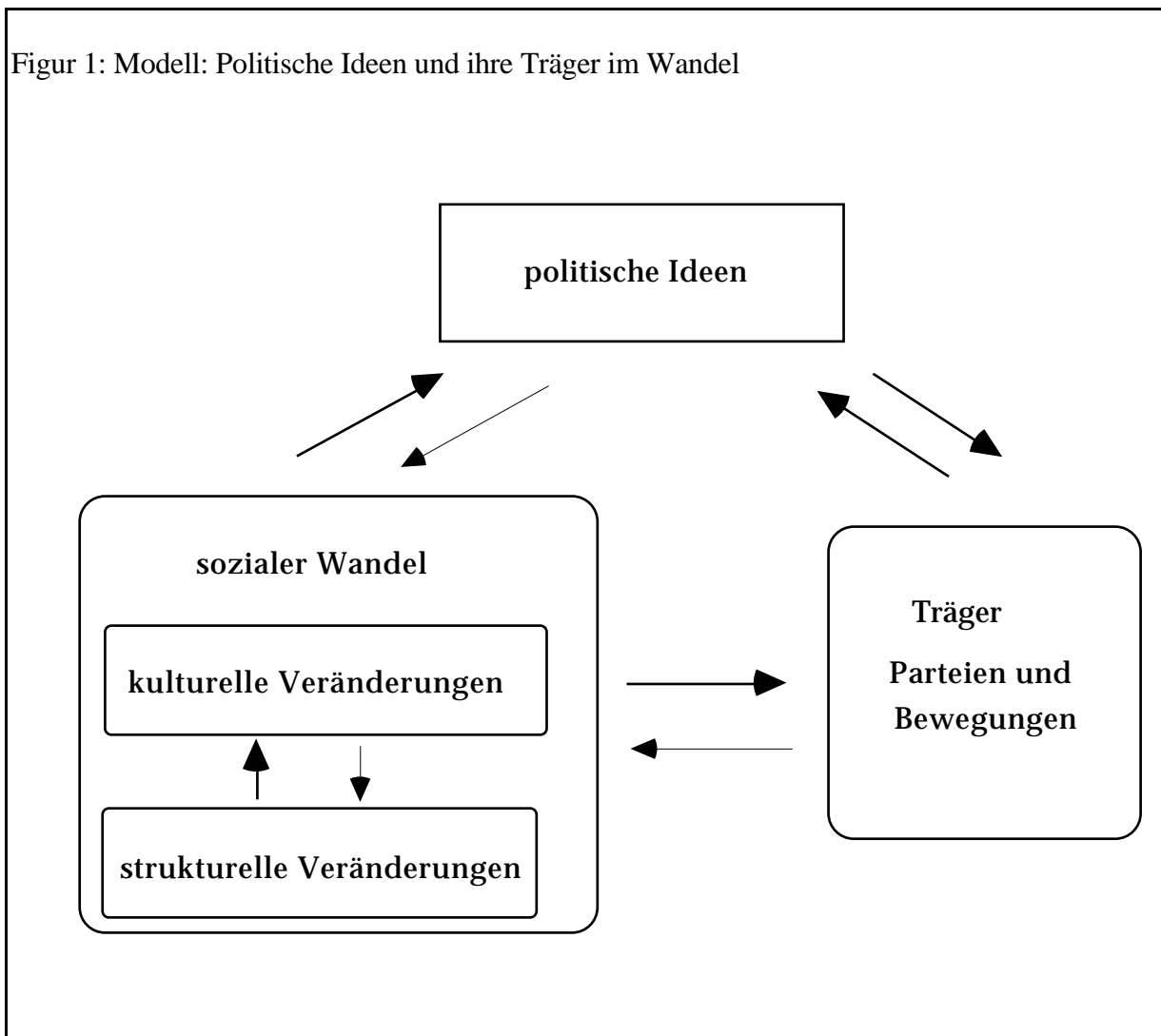
Gesellschaftsformationen vs. erklärende Variablen

Wandel kann auf verschiedenen Stufen und Abstraktionsebenen erfasst und thematisiert werden. Es ist ein Unterschied, ob man Typen von Gesellschaften beschreibt und von agrarischen, industriellen und postindustriellen Gesellschaften oder postmodernen und Erlebnisgesellschaften spricht oder ob man sich mit dem Bildungsniveau, dem Anteil der Beschäftigten im Tertiärsektor oder dem Anteil an Post-Materialisten beschäftigt.

Im ersten Fall bewegt man sich auf einem hohen Abstraktionsniveau, man geht von Gesellschaftsformationen respektive Typen von Gesellschaften aus, welche ganz bestimmte charakteristische Eigenheiten aufweisen. Zu diesen Eigenheiten können Merkmale der Parteien und des Parteiensystems sowie die prägenden politischen Ideen gehören.

Im zweiten Fall arbeitet man mit konkreten und in der Regel direkt messbaren Variablen, welche einen mehr oder weniger direkten Einfluss auf die Parteien und ihre Orientierungen haben.

Schematisch kann unser Analysemodell folgendermassen dargestellt werden (vgl. Figur 1):



Dem ist anzufügen, dass Modelle in erster Linie analytischen Zwecken dienen und nicht Selbstzweck sein sollten. Sie zeigen, mit welchen Grundannahmen man sich einer Fragestellung nähert, implizieren also eine bestimmte Sichtweise und eine Gewichtung der zentralen Variablen. So könnten beispielsweise auch die politischen Institutionen als intervenierende Variablen separat aufgeführt werden. In einer soziologischen Betrachtung sind diese Variablen jedoch Bestandteil der politischen Kultur.

Das Modell impliziert - in einer mittelfristigen Perspektive -, dass sich sozio-strukturelle Veränderungen zusammen mit den kulturellen Veränderungen einerseits auf die politischen Ideen und andererseits direkt auf die Träger dieser Ideen auswirken. Zudem ist auch ein indirekter Effekt des sozialen Wandels über die Ideen auf die Träger zu erwarten. Zu berücksichtigen sind dabei auch umgekehrte Einfluss-Pfade.

Voluntaristische und deterministische Sichtweisen

Bis zu einem gewissen Grad implizieren solche Modelle häufig auch eine deterministische Sichtweise. Aufgrund der Wandlungstendenzen wird den Parteien, respektive einer bestimmten Parteien eine ganz spezifische Anpassungsleistung (Reaktion) vorhergesagt oder zugeschrieben. Es wird dabei vergessen, dass den Parteien durchaus auch Handlungsalternativen zur Verfügung stehen können (voluntaristische Sichtweise). Nicht alle Parteien reagieren mit den gleichen Anpassungsleistungen auf die veränderten Verhältnisse. Diesem Aspekt gilt es immer wieder Rechnung zu tragen.

Beispiel: Aus der strukturellen Lage allein können beispielsweise Parteisymphathien nicht hinreichend erklärt werden. Es gibt sowohl Arbeiter, die sozialdemokratisch wie auch solche die rechtsextrem wählen. Klassentheoretiker machen hier den "Umweg" über die "wahren" Interessen.

12.1 STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN

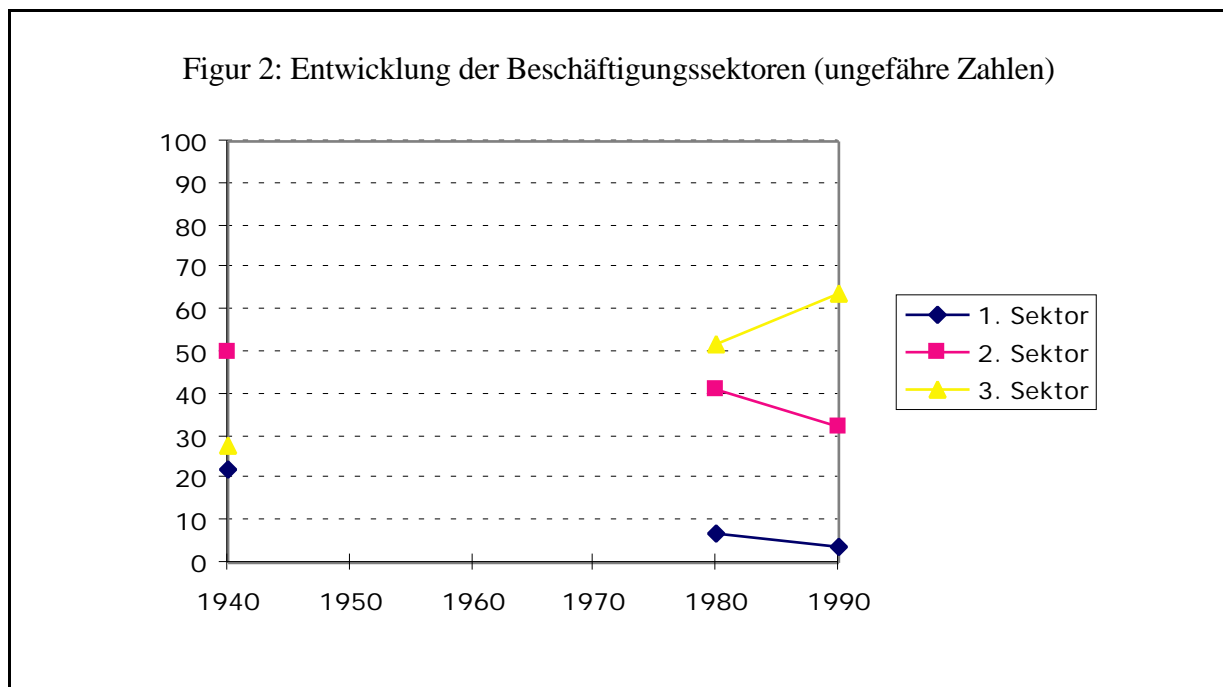
Es bieten sich, wie erwähnt, zwei Möglichkeiten an, strukturelle Veränderungen zu thematisieren:

- a) über Variablen, die die Sozialstruktur unserer Gesellschaft beschreiben (einfache Variante)
- b) über Begriffe wie Klasse, Schichtung oder mit Milieus und dem sozialen Raum, welcher beispielsweise Verster et al. (1993: 32) als Ersatz für Klassen- und Schichttheorien vorschlagen.

Von b) ist es nur noch ein kleiner Schritt zu den Gesellschaftsformationen.

Wir konzentrieren uns vorab auf die strukturellen Veränderungen. Wobei natürlich immer auch interessiert, was diese Veränderungen für Auswirkungen auf die Parteien haben. Welche strukturellen Veränderungen charakterisieren das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts?

Die wohl markanteste strukturelle Veränderung in den letzten Jahrzehnten ist die **Verschiebung zwischen den drei Beschäftigungssektoren** (vgl. Figur 2). Während im letzten Jahrhundert noch die Mehrheit der Beschäftigten im Primärsektor beschäftigt war, so waren es 1990 noch 4.1 Prozent (1980: 6.3 Prozent, zu Beginn des 2. Weltkrieges mehr als 20 Prozent) der Beschäftigten. Im Industrie-, Bau- und produzierendes Gewerbesektor beschäftigt waren 1990 30.5 Prozent (1980: 39.4 Prozent, zu Beginn des 2. Weltkrieges rund die Hälfte). Zugelegt hat der Tertiärsektor: 1990 waren 61.8 Prozent aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig (Bundesamt für Statistik 1993: Volkszählung 1990. Ein Profil der Schweiz).



Vor allem die SVP und die SP sind natürlich von diesen Veränderungen betroffen. Mit dem Bauernstand verliert die SVP einen wichtigen Teil ihrer Basis, den sie allerdings mit Erfolg zu ersetzen vermochte. Der Rückgang des 2. Sektors machte vor allem der SP zu schaffen, wobei die Verschiebung innerhalb des Sektors zugunsten von ausländischen, und damit in der Schweiz nicht stimmberechtigten, Industriearbeitern die Problematik noch verschärfte.

Aber nicht nur zwischen den Sektoren ist es zu Verschiebung gekommen. Auch innerhalb der Sektoren sind einschneidende Verlagerungen zu verzeichnen, wie sich an der Beschäftigungsstruktur und den sozio-professionellen Kategorien zeigen lässt. Die Parteien kämpfen vor allem auch darum, in den neu entstehenden Segmenten Fuss zu fassen.

Auch wenn Volksparteien - und alle Schweizer Parteien betonen immer wieder mit Stolz, dass sie in allen Bevölkerungssegmenten verankert sind - keine Bevölkerungsschichten ausschliessen wollen, gibt es noch immer deutliche berufsspezifische Parteipräferenzen.

Die SP - so zeigen Wahlanalysen - hat mit ihrer Neuorientierung vor allem bei den Freien Berufen (Hochschulbildung, selbständig), bei den Selbständigen im Dienstleistungsbereich, bei den akademischen Berufen (v.a. Kader der Kommunikationsdienstleistungen, Kader im sozialen und persönlichen Dienstleistungsbereich) und bei den intermediären Berufen (v.a. Kommunikationsdienstleistungen, soziale und persönliche Dienstleistungen) an Gewicht gewonnen (zu den sozio-professionellen Kategorien vgl. Bundesamt für Statistik 1995: 57 ff.; Eidgenössische Volkszählung 1990. Sozialstruktur der Schweiz. Sozio-professionelle Kategorien. Bern).

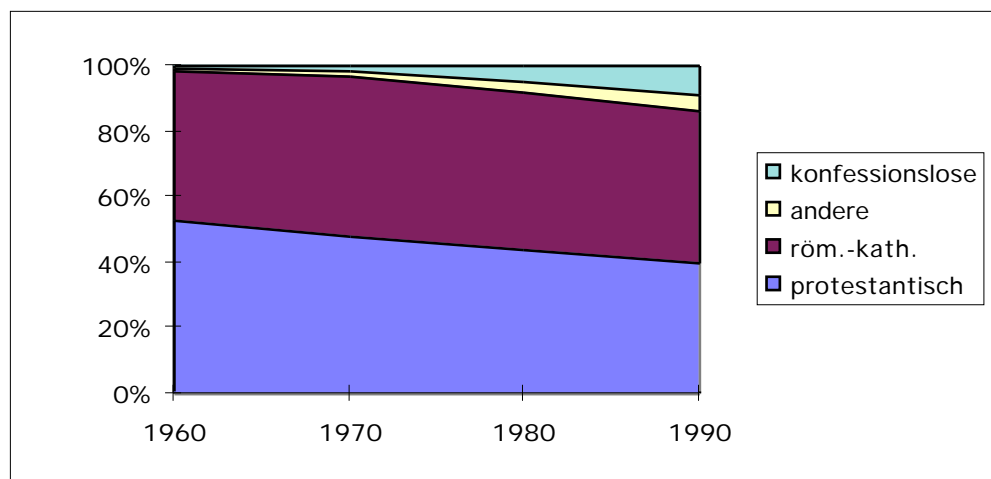
Die **Arbeitslosigkeit** hatte Ende der 1980er Jahr stark zugenommen und bewegte sich in den 1990er Jahren über dem 5 Prozent Niveau. Auf die Jahrtausendwende ist sie wieder in den Bereich der 2 Prozent-Hürde gefallen. Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau verlangt von den

Parteien nicht nur Lösungsvorschläge, sondern beeinflusst auch ihr Rekrutierungs- und Wählerpotential. Man kann sich fragen wie das Parteiensystem in einer Zwei-Drittel-Gesellschaft aussehen würde. In der Regel wird davon ausgegangen, dass Arbeitslose politische weniger partizipieren. Sie bilden jedoch ein Wählerpotential für politische Strömungen, welche den Arbeitsmarkt Schweiz zu schützen vorgeben.

Weitere Folgen des gesellschaftlichen Wandels sind die steigende Mobilität und damit die steigenden Pendleranteile (unfreiwillig als Anforderungen des Arbeitsmarktes oder als modernes Freizeitverhalten) und schliesslich die Veränderungen in den Bereichen Bildung, Religion und Altersstruktur. Es liesse sich darüber streiten, ob Religion, Bildung, Mobilität usw. nicht zu den kulturellen Variablen zu zählen sind. In der Soziologie wäre dies der Fall. Wenn wir diese Variablen hier zu den strukturellen Variablen zählen, so ist es, wie in den Politikwissenschaft üblich, angebrachter von sozio-strukturellen Variablen zu sprechen.

Der Anstieg der Konfessionslosen ist ein Anzeichen dafür, dass die **Religion** an Bedeutung verliert (vgl. Figur 3). Der Anteil der Konfessionslosen ist aber immer noch sehr klein, so dass er allein für die Parteien kaum von Bedeutung ist. Wichtiger ist die Unterscheidung zwischen praktizierenden und nicht praktizierenden Religionsangehörigen. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Religionszugehörigkeit als konstitutives oder konservierendes Element für das Parteiensystem auch weiterhin an Bedeutung verliert.

Figur 3: Säkularisierung:



Quelle: Bundesamt für Statistik 1993: Volkszählung 1990. Ein Profil der Schweiz

Vor diesem Hintergrund erstaunt es, dass die CVP auch heute noch eine Partei ist, welche kaum über ihr katholisches Milieu herausgekommen ist. Auch eine EVP kann sich noch immer halten.

Der Ausbau des **Bildungswesens** (Zunahme der Hochschulabgänger) führt zu höherer Bildung, zu besseren Konzeptualisierungsfähigkeiten und verbaler Kompetenz. Das steht nicht

nur mit einer gestiegenen Ideologisierung der Politik (Barnes/Kaase 1979), sondern auch mit dem gestiegenen Interesse an Politik und den Forderungen nach besseren Partizipationsmöglichkeiten bei politischen Entscheidungen in Verbindung (Kaase 1994, zitiert aus Müller 1987 in Berg-Schlösser/Müller-Rommel 1987). Vor diesem Hintergrund lassen sich beispielsweise die parteiinternen Demokratisierungsprozesse verstehen.

Auch die **demographische Alterung** der Gesellschaft hat Auswirkungen auf Ideen und Träger. Ein Beispiel dafür sind die in jüngster Zeit sich mehrenden Seniorenlisten.

Steigen wir in unserer Analyse im Abstraktionsniveau eine Stufe höher und betrachten den **Wandel der Schicht- oder Klassenstruktur**.

Die Phase des Wirtschaftswachstums in den 1950er und in den 1960er Jahren war nicht zuletzt auch gezeichnet durch die Vorstellung von einer Nivellierung der gesellschaftlichen Schichtung in der Mitte, da an den Wachstumsgewinnen mehr oder weniger alle Kreise der Bevölkerung partizipieren konnten.

Die Mittelstandsgesellschaft (mass society in den 1950er Jahren) wurde zum Schlagwort und bezeichnenderweise gehört in diese Zeit auch die Idee der Volks- und Massenparteien (CVP, SVP). Die Parteien vertreten nicht mehr ausschliesslich die Interessen einer bestimmten Klasse, einer bestimmten Schicht, eines bestimmten Milieus, da diese in der modernen "klassenlosen" Gesellschaft an Bedeutung eingebüsst hätten, sondern stehen allen Bevölkerungsteilen offen.

Die Idee der klassenlosen Gesellschaft erwies sich jedoch als Illusion. Auch wenn in gewissem Masse, bedingt durch die Massenmedien und das Freizeitverhalten, eine kulturelle Nivellierung stattgefunden hat, so bleiben die Einkommensdisparitäten bestehen oder haben sogar zugenommen.

Geändert hat sich, wie wir gesehen haben, die Gewichtung zwischen den verschiedenen Sektoren und es hat eine Differenzierung innerhalb der einzelnen Klassen stattgefunden. Besonders betroffen davon ist der bedingt durch Wohlfahrtsstaat und Tertialisierung stark angewachsene Mittelstand. "The crucial category for class analysis today is the category of the new middle class" (Kriesi 1993: 27).

Dieser Mittelstand ist auch von den Parteien entdeckt worden. Vor allem die SVP richtet sich ganz direkt an den traditionellen Mittelstand ("dem es immer schlechter geht"), aber auch die SP vertritt ganz klar bestimmte Segmente innerhalb des Mittelstandes.

Im grossen und ganzen haben aber Klassen- und Schichttheorien heute weniger Konjunktur. Sie wurden teilweise abgelöst durch Begriffe wie „soziales Milieu“ und „sozialer Lebensraum“ (vgl. den Artikel von Vester et al. 1993).

Während Klassen- und Schichttheorien die Position des Einzelnen aufgrund von Einkommen, Berufssektor, Stellung im Beruf, Bildung usw. theoretisch herzuleiten respektive zu erheben versuchen, sind Arbeiten, die mit dem Begriff des Milieus oder der Lebenswelt arbeiten, breiter und vor allem auch stärker empirisch orientiert. Mit Methoden, wie sie in der Markfor-

schung verwendet werden, werden Clusters von Werten, Einstellungen, Verhaltensweisen usw. gebildet.

Damit ist auch gleich die Brücke zum nächsten Abschnitt geschlagen. Struktur allein erklärt noch nicht viel.. Wichtig sind auch Werte und Einstellungen, welche zwar durch die strukturelle Lage bestimmt werden können, welche aber auf der kulturellen Ebene angesiedelt sind.

12.2 KULTURELLE VERÄNDERUNGEN

Die 68er-Revolution, Frauen-, Friedens- und Umweltbewegungen sind Zeichen dafür, dass sich die Gesellschaft nicht nur was ihre Struktur, sondern auch was ihr Wertesystem betrifft, grundlegend geändert hat. Zudem kommt in Abstimmungsanalysen immer wieder zum Vorschein, dass sozio-strukturelle Variablen politisches Verhalten weniger gut erklären können als Variablen, welche politische Grundwerte oder Einstellungen messen. Diese Einstellungen lassen sich auch nicht einfach aus den sozio-strukturellen Variablen herleiten.

In ihrer Fünf-Länder-Vergleichsstudie "The Civic Culture" stellten Almond und Verba bereits Ende der 1950er Jahre fest, dass der sozio-ökonomische Status kaum mehr als Prädiktor für politische Einstellungen betrachtet werden kann (Almond/Verba 1963). Zu ähnlichen Ergebnissen gelangten Marsh und Kaase in ihrer Untersuchung des soziodemographischen Hintergrunds des politischen Verhaltens in mehreren Ländern in den 1970 Jahren (Marsh/Kaase 1979: 100 und 120 ff.) (zitiert nach Klages/Herbert 1983: 26).

Auch die Annäherung an die kulturellen Veränderungen, an den kulturellen Wandel, kann auf verschiedenen Ebenen verlaufen: zu denken ist etwa auf der individuellen Ebene an den Wertewandel (wird in Kapitel 13 speziell behandelt), an sich wandelnde "kulturelle" Institutionen (so z.B. die Medien -> Kapitel 3) und schliesslich an die politische Kultur im weiteren Sinne.

Das Konzept der **politischen Kultur** ist, das sei hier vorausgeschickt, alles andere als unumstritten. Beklagt wird vor allem die analytische Unschärfe, die mit diesem - in der Alltagssprache allzu verständlichen - Begriff verbunden ist, sowie die Frage, wie dieser operationalisiert und gemessen werden soll, ob man sich vor allem auf Umfragen und Einstellungen abstützt, oder ob auch Inhaltsanalysen möglich sind und wie weit Aspekte des Verhaltens beigezogen werden können (vgl. Seck (1991:26) und vor allem auch Pappi (1986) und Kaase (1983)).

Politische Kultur meint in ihrer allgemeinen Form die Gesamtheit der Orientierungs- und Verhaltensweisen der Bürgerschaft gegenüber dem Staat, seinen Leistungen bzw. seinen Möglichkeiten der Beteiligung und umfasst auch das Verständnis von Politik der Bürgerinnen und Bürger (Almond/Verba 1963, zitiert nach Longchamp 1991).

Obwohl der Begriff der politischen Kultur schon viel früher auftaucht, ist es doch der Verdienst von Almond und Verba mit dem Begriff *political culture* das Kulturkonzept für die Politikwissenschaften "entdeckt" und im Rahmen der Civic-Culture-Studie popularisiert zu haben (Pye 1972: 286, zitiert nach Seck 1991: 7).

Politische Kulturen können unterschieden werden in "parochiale" oder vorstaatliche Kulturen, bei denen regionale Orientierungen vorherrschen, "Untertanen-Kultur" oder passiv-demokratische Kulturen sowie "partizipative" respektive aktiv-demokratische Kulturen (Longchamp 1991: 50). Weiter kann unterschieden werden zwischen Eliten und Massen sowie zwischen Einstellungen und Handlungsweisen.

Politische Kultur ist nur schwer zu fassen, es ist ein ungenau bestimmbarer aber notwendiger Kitt zwischen Bürgerschaft und Staat (Patrick 1984, zitiert nach Longchamp 1991: 50). Max Kaase (1983) vergleicht dies bildhaft mit dem "Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln (zitiert nach Longchamp 1991: 50).

Für die politische Kultur der Schweiz charakteristisch sind beispielsweise das Konkordanzprinzip, der Proporzgedanke, der föderalistische Staatsgedanke sowie das direktdemokratische Demokratieverständnis.

Longchamp (1991: 55 ff.) diskutiert eine ganze Reihe von **Aspekten, der politischen Kultur**. Sie beschränken sich nicht nur auf Einstellungen, sondern schliessen auch Verhaltensweisen mitein:

Politische Orientierungen

- a) das Demokratiebewusstsein
- b) das Verhältnis zur Politik
- c) der wahrgenommene Einfluss als Bürgerinnen und Bürger
- d) die wahrgenommenen Leistungen des Staates
- e) das Vertrauen in die politischen Institutionen

Politische Partizipation

- a) die Stimm- und Wahlbeteiligung
- b) das Verhältnis zu den Parteien
- c) politische Aktivitäten

Zwei Entwicklungslinien lassen sich für die letzten Jahrzehnte erkennen, vor deren Hintergrund sich auch die aktuellen Rekrutierungs- respektive Orientierungsprobleme der Parteien gut nachzuvollziehen lassen.

a) Transformation der politischen Partizipation

- selektive Beteiligung
- Einbindung in die Parteien hat auf der affektiven Ebene nachhaltig gelitten
- parteinahe Aktivitäten haben als Ganzes ihre Bedeutung nicht verloren
- der traditionelle Bürgertyp, der milieumässig organisiert und bei Abstimmungen weitgehend loyal ist, hat an Bedeutung verloren
- intensive Ausgestaltung der direkten Demokratie relativiert die Bedeutung von Wahlen und Parteien

b) Transformation der Orientierungsweisen

- ökologisches Bewusstsein
- Identitätsprobleme, Rückgang des Vertrauens in die Institutionen
- Unterstützung für das konservative Selbstverständnis geht zurück, Konkordanz und Milizprinzip haben nicht mehr dieselbe Gültigkeit wie früher
- mentale Unterstützung für Föderalismus und direkte Demokratie bleibt bestehen

Eine theoretisch fundierte Auseinandersetzung mit dem Begriff „Politische Kultur“ und seiner Anwendung auf das Abstimmungsverhalten liefert ein Buches von Werner Seitz (1997)²⁹. Es handelt sich dabei um eine leichte Überarbeitung seiner Dissertation an der philosophisch-historischen Fakultät der Universität Bern. Seitz, der die Abteilung "Wahlen und Abstimmungen" des Bundesamtes für Statistik leitet, hat neben seiner hauptberuflichen Tätigkeit gut zehn Jahre an diesem Werk gearbeitet, und das Produkt darf sich sehen lassen. Teil 1 der Arbeit widmet sich dem Konzept der politischen Kultur, Teil 2 befasst sich mit der Analyse des Abstimmungsverhaltens.

Dem Autor geht es - so seine Absichtserklärung (S. 20) - in diesem Werk nicht darum, ein weiteres neues Konzept der politischen Kultur zu entwickeln. Vielmehr will er die bestehenden auf ihre Grenzen und Leistungsfähigkeit analysieren. Das Buch liefert auch keine akribische Übersicht über die verschiedenen Definitionen und Interpretation von politischer Kultur, sondern versucht, Entstehung, Entwicklung und unterschiedliche Ausprägungen des Begriffs herauszuarbeiten. Es versteht sich als Werk gegen die weit verbreitete, lockere Anwendung des Konzepts, welche, nicht zuletzt auch in der Abstimmungsforschung, Abstimmungsergebnisse teilweise vorschnell als Indikatoren der politischen Kultur missbraucht.

Der umfassendere erste Teil setzt ein mit der Suche nach den Gründen für die unterschiedliche Verwendung des Begriffs der „politischen Kultur“. Dabei werden idealtypisch mit dem deutschen, dem systemtheoretischen und dem marxistischen Kulturbegriff drei grundlegend verschiedene Auffassungen des Begriffs diskutiert. Zudem wird auf die politischen und wissenschaftstheoretischen Hintergründe des "political culture"-Konzepts, wie es von Almond/Verba in ihrem 1963 publizierten Pionierwerk "The Civic Culture" verwendet wird, eingegangen. Diese detaillierte Darstellung ist sicher ein erster grosser Verdienst des Werkes. Der Autor zeigt auf, wie die "political-culture"-Forschung aus der Forschungsrichtung "Comparative Politics" hervorgegangen ist, welche sich nicht nur stark an die Systemtheorie und den Behaviorismus anlehnte, sondern auch normativ dahingehend tendierte, die anglo-amerikanischen politischen Systeme als „überlegen“ zu betrachten. Diese Sichtweise lässt sich zumindest insofern nachvollziehen, als dass der Zusammenbruch liberal-demokratischer Systeme in Kontinentaleuropa (namentlich vor allem der Weimarer Republik) nicht nur Angst einflösste, sondern auch erklärungsbedürftig war. Ein zentrales Glied dieser Erklärungskette bildete ein systemtheoretisches Entwicklungsmodell, bei dem Säkularisierung und strukturelle Differenzierung Voraussetzung für Stabilität sind. Bei den kontinentaleuropäischen politischen Kulturen haben, gemäss Almond (1956) und seinem Aufsatz „Comparative Political Systems“, diese Prozesse nur ungenügend stattgefunden. Immer noch würden sub- und supranationale Aspekte

²⁹ Seitz, Werner (1997), *Die politische Kultur und ihre Beziehung zum Abstimmungsverhalten. Eine Begriffsgeschichte und Methodenkritik*. Zürich: Realotopia.

die nationale politische Stabilität gefährden, und die politische Kultur sei nicht ausreichend homogen, säkular und rational abwägend wie etwa die amerikanische.

Was die Stabilitätsthese anbelangt, so haben nicht zuletzt skandinavische Länder, aber auch die Schweiz und Holland gezeigt, dass nicht nur auf zwei Parteien beruhende Konkurrenzsysteme sondern auch Mehrparteiensysteme politische Stabilität garantieren können. Es ist jedoch vor allem die Vorstellung von der Überlegenheit anglo-amerikanischer Systeme, welche sowohl den „political culture“-Ansatz wie auch die ihn alimentierenden sozialwissenschaftlichen Theorien, die Systemtheorie und den Behaviorismus, in weiten Kreisen der kritischen und linken Sozialwissenschaft diskreditierten. In der Tradition der "political culture"-Konzepte geht Seitz im weiteren auf den Sammelband "Political Culture and Political Development" von Lucian W. Pye und Sidney Verba (1965) und auf die Analyse des Wertewandels ein, dargestellt am berühmten Werk von Ronald Inglehart (1977) "The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics".

In einem nächsten Schritt wendet sich der Autor der Reaktion der deutschen Politikwissenschaft auf die "political culture"-Forschung zu, welche sich verständlicherweise durch die Stabilitäts- und Überlegenheitsvorstellungen besonders herausgefordert sah. Dabei unterscheidet er eine erste Reihe von Werken aus den 1970er und frühen 1980er Jahren, die zwar die "instrumentell/funktionalistische Einschätzung" des Konzepts der politischen Kultur auf die politische Stabilität teilen, die jedoch die normative Setzung des anglo-amerikanischen Entwicklungsmodells als Bezugssystem ablehnen. Exemplarisch hierfür steht Lehbruch (1967) und sein vielbeachtetes Werk "Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich". Lehbruch bezeichnet, was die Fähigkeit zur politischen Konfliktregelung anbelangt, die Proporz- und Konkordanzsysteme der Schweiz und Österreichs als den anglo-amerikanischen ebenbürtig. Weitere Autoren, die in diesem Zusammenhang diskutiert werden, sind Jakob Schissler, Franz Urban Pappi, Dirk Berg-Schlosser, Peter Reichel, Heide Gerstenberger und Martin und Silvia Greiffenhagen.

Ein zweiter Verdienst von Seitzs Arbeit ist die Hervorhebung des Paradigmawechsels im Umgang mit dem Konzept der politischen Kultur in der deutschen Politikwissenschaft in den 1980er Jahren. Nicht mehr die kritische Auseinandersetzung mit den „founding fathers“ des Konzeptes, sondern das Bestreben, einen innerwissenschaftlichen Diskurs über Varianten und Facetten der "Politischen Kultur"-Forschung zu führen, rückt in den Vordergrund. Was ist politische Kultur überhaupt, welches sind ihre massgebenden Einflussfaktoren und wie verändert sie sich? Im Arbeitskreis "Politische Kulturforschung" auf dem Berliner Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft 1982 erfolgte die „allgemeine Anerkennung“ des Konzepts "Politische Kultur". Dabei wurde auf eine wissenschaftstheoretische und methodologisch eindeutige Festlegung verzichtet. Der Begriff beschreibt vielmehr "(...) einen eigenständigen Kontext politikwissenschaftlicher Analyse im Sinne der 'subjektiven' Dimension von Politik. Politik umfasst dabei sowohl das gesellschaftliche Vorfeld und den input-Bereich des politischen Systems ('politics') als auch die zentralen politischen Institutionen ('polities') und konkrete Politikfelder im output-Bereich ('policies')" (vgl. S. 256). Ob sich damit der Pudding an die Wand nageln lässt, um hier auf den berühmten Ausspruch von Max Kasse zurückzugreifen, bleibe allerdings dahingestellt. Etwas verallgemeinert gesehen hat seit den 1980er Jahren eine Verlagerung hin zu einem "allgemeinen erklärenden Konzept" der politischen Kultur stattgefunden. Diskutiert werden in dieser Periode Autoren wie die beiden Ka-

nadier David J. Elkins und Richard E. B. Simeon, Peter Reichel, Karl Rohe, Heide Gerstenberger, Hans-Georg Wehling und Hans-Peter Meier-Dallach und Moritz Rosenmund. Sowohl mit Wehling wie auch mit den beiden Zürcher Soziologen Meier-Dallach und Rosenmund wird vor allem auch die Bedeutung der Regionen für die politische Kultur thematisiert.

Damit ist auch die Brücke zum zweiten Teil des Buches, der Analyse des Abstimmungsverhaltens, geschlagen, bei dem regionale Unterschiede - vor allem bei den Aggregatdatenanalysen - eine besondere Rolle spielen. Der zweite Teil ist analytisch etwas weniger tiefschürfend, aber nicht minder lesenswert. Seitz bewegt sich hier in seinem hauptberuflichen Arbeitsfeld. Er gibt einen Überblick über die Volksabstimmungen in der Schweiz und die Erklärungsmodelle und Methoden der Abstimmungsforschung, wobei er vor allem auch Vor- und Nachteile von Aggregat- und Individualdatenanalysen hervorhebt. Ein dritter grosser Verdienst des Buches liegt in der Herausarbeitung und Diskussion von verschiedenen Schulen der Schweizer Wahl- und Abstimmungsforschung. Was die "ökologische Abstimmungsforschung" anbelangt, so unterscheidet der Autor zwischen der soziologischen Schule der Zürcher Soziologen Rolf Nef, Hans-Peter Meier-Dallach und Rolf Ritschard sowie des Lausanner Soziologen Dominique Joye, die von einem sozialstrukturellen Erklärungsmodell ausgeht, und der historisch-politologischen Schule des Berner Professoren Peter Gilg. Dem steht auf der Ebene der Individualdatenanalysen vor allem die politische Meinungsforschung gegenüber, wie sie in den frühen 1960er Jahren von Gruner eingeführt wurde. Als wichtigstes Instrument der politischen Meinungsforschung bei Wahlen und Volksabstimmungen gelten heute die Vox-Analysen, die, initiiert von der Schweizerischen Gesellschaft für Sozialforschung und dem ehemaligen Forschungszentrum für schweizerische Politik, heute von den drei Politikwissenschaftsinstituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich durchgeführt werden. Die forschungsleitende Fragestellung, ob aufgrund der Ergebnisse der eidgenössischen Volksabstimmungen der vergangenen 120 Jahre Aussagen über die politische Kultur gemacht werden können, führt Seitz zum Schluss, dass sich hierzu vor allem Aggregatdatenanalysen aufdrängen würden, dass diese jedoch, wegen der nicht immer einfachen Interpretation der Abstimmungsergebnisse (Quellenkritik) und nicht zuletzt auch wegen der Gefahr des ökologischen Fehlschlusses (Methodenkritik), die eigentlichen Inhalte der regionalen politischen Kulturen nur „akzidentiell“ erfassen.

Es sei an dieser Stelle die kritische Anmerkung erlaubt, dass der Anspruch, aufgrund der Gesamtheit der Abstimmungsergebnisse regionale politische Kulturen „festzunageln“, wohl etwas zu hoch greift und mit allzu vielem „empirischem Rauschen“ belastet sein könnte. Die Suche nach der Erklärungskraft des Konzepts der politischen Kultur in ganz spezifischen Abstimmungen, hätte wohl andere Ergebnisse geliefert. Ohne Zweifel erklären beispielsweise grössere Sympathien für direktdemokratische Mitwirkungsmöglichkeiten in der Deutschschweiz oder konfessionelle Präferenzen als Elemente der politischen Kultur bestimmte Abstimmungsentscheide. Die Schlussfolgerung, dass es sich beim Konzept der politischen Kultur um eine Residualkategorie handle, die sich ex ante kaum bestimmen lässt, dürfte vor allem auch den Kultursociologinnen und -sociologen schwer aufstossen. Politische Kultur kann, muss aber nicht in jedem Fall für den Abstimmungsentscheid verantwortlich sein. Zudem ist bei Abstimmungsanalysen der Erklärungsgehalt struktureller Variablen ebenfalls relativ dürftig und hat in letzter Zeit wohl eher noch abgenommen. Es ist letztlich sicher einfacher vorherzusagen, wie die Anhängerschaft von Blochers AUNS in gewissen Sachfragen stimmen wird, als vorauszusehen, welcher Partei Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Stimme geben werden. Und sind nicht vielleicht gerade deshalb die SVP und die SP zur Zeit so erfolgreich, weil es ihnen gelungen ist, nicht nur

Interessen und konkrete Anliegen zu vertreten, sondern in ihrer Anhängerschaft so etwas wie eine Basis für eine gemeinsame politische Kultur zu schaffen, respektive kulturelle Elemente zu mobilisieren?

Eine abschliessend Würdigung der Arbeit von Seitz fällt jedoch ohne Zweifel sehr positiv aus. Das Buch ist klar strukturiert. Es bewegt sich, sowohl was den analytischen Gehalt und die sprachliche Abfassung wie auch was die herausgeberischen Qualitäten des Verlags "Realotopia" anbelangt, deutlich über dem Dissertationsstandard. Die sich wiederholenden Einleitungen, Absichtserklärungen und Zusammenfassungen führen zwar teilweise zu Redundanzen, die den Lesefluss stören mögen, sie machen das Werk jedoch zu einem hervorragenden Arbeitsinstrument, welches es erlaubt, an verschiedenster Stelle direkt in die Problematik einzusteigen. Wer immer in seinen Arbeiten auf die politische Kultur zu sprechen kommt, dem sei die Lektüre wärmstens empfohlen. Er oder sie riskiert dabei höchstens, dass eine allfällige Leicht(sinn)igkeit im Umgang mit dem Begriff verloren geht.³⁰

12.3 INSTITUTIONELLE VERÄNDERUNGEN³¹

Die Träger und ihre politischen Ideen werden auch von charakteristischen Merkmalen des politischen Merkmals beeinflusst. Mit dem föderalistischen Staatsaufbau, der Gemeindeautonomie, dem Proporzverfahren, dem Konkordanzprinzip, der direkten Demokratie und dem Milizsystem haben wir im ersten Kapitel eine ganze Reihe solcher Merkmale diskutiert.

Vor allem in den 1970er und 1980er Jahren wurde beispielsweise vor dem Hintergrund der damals erstarkenden sozialen Bewegungen, den damals noch einflussreicheren Interessenverbänden und den in die Politik vordrängenden Medien ganz besonders auf diese spezifischen Faktoren und Eigenheiten hingewiesen, welche für die schwache und dem Anschein nach immer schwächer werdende Stellung der Parteien verantwortlich waren (vgl. z.B. Gruner 1984, Kriesi 1986, Joye/Papadopoulos 1986, Neidhart 1986, Rhinow 1986). Vielfach sind jedoch die direkten Auswirkungen der "spezifisch schweizerischen Eigenheiten" auf die politischen Akteure und ihre Ideen empirisch eher ungenügend erforscht und werden als dankbare "Residualerklärungen" missbraucht.³²

Als institutionelle Veränderungen, die sowohl Träger wie auch Ideen beeinflussen, können thematisiert werden, die Einführung des Frauenstimmrechts (1971) oder der Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten in aussenpolitischen Fragen (1977).

Was die politischen Institutionen anbelangt, so scheint sich die Schweiz vom vielzitierten "malaise helvétique", mit dem der Staatsrechtler Max Imboden bereits 1964 eine gewisse Erstarrung und Reformfeindlichkeit beschrieben hatte, erholt zu haben. Im letzten Jahrzehnt des

³⁰ Andreas Ladner, Schweizer Zeitschrift für Soziologie, Vol. 24, 1998: 366-369.

³¹ Vgl. hierzu z.B.: Nedelmann 1995, Kölner Zeitschrift für Soziologie. Nassmacher/Niedermayer/Wollmann (Hrsg.) Politische Strukturen im Umbruch. 1994. Berlin: Akad. Verlag.

³² Für empirische Überprüfungen der Auswirkungen institutioneller Merkmale (direkte Demokratie) auf politische Träger vgl. beispielsweise Kriesi/Wisler (1996) für neue soziale Bewegungen und Ladner/Brändle (1997) für die politischen Parteien.

20. Jahrhunderts erlebt das Land eine Phase der **intensivierten politischen Umgestaltung**. Die zahlreichen Reformaktivitäten verschonen kaum einen Bereich des politischen Lebens. Zur Diskussion stehen nicht nur die Reform der direkten Demokratie, der Parlamente, der Regierungen und Verwaltungen, sondern ebenso die Reform des Föderalismus mit seiner verflochtenen Zuständigkeitsordnung und den entsprechenden Finanz- und Lastenausgleichsmechanismen. Und schliesslich wird auch die territoriale Feingliederung in Kantone und Gemeinden und die Zuständigkeit des Staates in bestimmten Aufgabenbereichen hinterfragt. Erste Erfolge dieses reformfreundlichen Klimas zeichnen sich auch auf Verfassungsebene ab. So wurde beispielsweise 1999 eine revidierte Bundesverfassung angenommen, und auch in zahlreichen Kantonen sind in den 1990er Jahren neue Verfassungen angenommen oder zumindest Verfassungsrevisionen eingeleitet worden (vgl. Germann 1999: 389).